

Bezugspreis 6.00 M. den Monat.
Anzeigen: lokale 1.50 M., auswärt. 2.50 M.
Reklamen: 5.00 M., 10.00 M.
die Kompositionen oder deren Raum,
einmal. Steuer und Teuerungszuschlag.
Postfach 10672.

General-Anzeiger

für Bonn und Umgegend.

Druck und Verlag: Herm. Reuffer
Hauptgeschäftler Peter Reuffer
Verantwortlicher
Schriftföhrer Dr. Wilh. Hermanns
Anzeigen Peter Escherich
Bonn in Bonn.
Telefon: 66, 666, 667

Nr. 11077.

Montag 1. August 1921.

31. Jahrgang.

Eine geheime Verständigung.

Der Streit zwischen Briand und Lloyd George ist, wie aus einer amtlichen Bekanntmachung der französischen Regierung zu erhellen ist, durch einen Kompromiß beigelegt worden. Welcher Art die Zugeständnisse auf der einen oder andern Seite sind, die dazu führten, daß die Konferenz des Obersten Rates in der ersten Augustwoche, wenn auch nicht schon am 4. August, stattfindet, will man offenbar der Öffentlichkeit vorenthalten. Man ist wieder ganz in das Fahrwasser der Geheimdiplomatie hineingeraten und läßt nur das allergeringste durchsickern. Was das Kompromiß für Folgerungen hat, ist aus dem amtlichen Communiqué, das regierungsmäßig von Paris aus verbreitet wird, nicht zu entnehmen. (Wir drucken den Inhalt dieser Bekanntmachung an anderer Stelle ab. Red.) Auch aus der amtlichen Mitteilung, die das Reutereureau verbreitet, ist nur zu erhellen, daß die Verhandlungsmächte sich dahin geeinigt haben, einen gemeinsamen Schritt bei der deutschen Regierung zu unternehmen, um die Angelegenheit der Beförderung der Truppenverfährungen klarzustellen. Will man Berlin veranlassen, sich dort für den Truppentransport bereitzuhalten für den Fall, daß der Oberste Rat ihn billigen sollte, oder ist es nur der Zweck dieses gemeinsamen Schrittes, der Berliner Regierung mitzuteilen, daß dieser Truppentransport bereits beschlossene Sache ist und die Konferenz der Vertragsmächte nur noch den Zeitpunkt und den Umfang des Transportes festzulegen hat, worauf die deutsche Regierung nach den Bestimmungen des Friedensvertrages den Transport ohne weiteres durchzuführen hat? Vielleicht erfährt man heute aus Berlin Näheres, denn die sogenannte Demarche bei der deutschen Regierung soll sich am heutigen Montag vollziehen.

Hat das englische Kabinett in diesem Kampfspiel gesiegt, oder die französische Regierung? Ist der Friede zwischen den Vertragsmächten durch die vollenzogenen Beschlüsse wieder hergestellt, oder ist die Krise nur scheinbar geworden? Das sind Fragen, die uns in Rücksicht auf das Schicksal Oberschlesiens sehr nahe berühren. Ganz geklärt scheint das Verhältnis zwischen beiden Mächten nicht zu sein. Für diese Auffassung spricht die geheimnisvolle Behandlung der beiden Raten, die in den jüngsten Tagen zwischen Paris und London gewechselt worden sind. Wir haben die Frage zu verfolgen, ob das Ergebnis der französisch-englischen Verhandlungen Frankreich die Möglichkeit läßt, in Oberschlesien und in seiner Rheinlandpolitik sich unabhängig von England zu machen, oder ob England seine offensichtliche Absicht in der Truppenverfährungsfrage bereits durchgesetzt hat, daß Briands Extratouren aufhören müssen und daß er von den Beschlüssen des Gesamtverbandes auf Grund des Versailler Vertrages abhängig bleibt.

Lloyd George hat am Samstag in der Nähe von Oxford ein Kriegerdenkmal enthüllt. Dabei sagte er in einer Ansprache, man sei mit Frankreich wieder auf dem breiten Wege zu einer Verständigung. Die Verbündeten würden sich in wenigen Tagen treffen und die Streitfragen hoffentlich endgültig beilegen. Die völlige Einigung zwischen beiden Mächten wäre demnach noch nicht gesichert. In welcher Richtung sich die völlige Beilegung des Zwistes zu bewegen hat, läßt der von Briand geprägte Satz in der erwähnten Ansprache erkennen: „England verlangt, daß seine Stimme bei der Auslegung des Friedensvertrages gehört wird.“ Briand hat also zu selbständig interpretiert, wie wir ja im Rheinland aus den Sanktionen und aus gewissen Vorgängen in Oberschlesien wissen. Wohl selten hat der englische Staatsmann wahrere Worte gesprochen, als an diesem Kriegerdenkmal: „Ein aufgegebener Friede ist ein halber Krieg. Unsere Heiden sind nicht gefallen, damit die Völker ihren gegenseitigen Haß weiter nähren und immer wieder blutige Konflikte vorbereiten. Das britische Reich werfe seine ganze Macht, die es im August 1914 zum Siege darbot, in die Waagschale des Friedens.“ Lloyd George hat damit den Schleier, der über die letztgültigen Verhandlungen ausgebreitet liegt, etwas gelüftet.

Das Journal des Débats liest Briand den Text über die begangenen Ungeschicklichkeiten und ergänzt gewissermaßen Lloyd Georges Feststellungen durch die Mitteilung, die britische Regierung wolle Deutschland fast ganz Oberschlesien übertragen. Nur die beiden Bezirke Rybnitz und Bleß sollten an Polen abgetreten werden. Das der französischen Regierung nahestehende Blatt scheint mit dieser Enthüllung die Öffentlichkeit in Frankreich auf einen neuen schweren Konflikt hinzuweisen. Es erklärt, Frankreichs Verbündete müßten sich Rechenschaft ablegen, daß Frankreich dadurch die Polen ungerecht behandelt habe und in diesem Punkte nicht nachgeben könne. Daß man trotz solcher in die Öffentlichkeit lancierten alarmierenden Mitteilungen laut Westminster Gazette die Verständigung zwischen beiden Regierungen amtlich als durchaus befriedigend für beide Teile erklärt, ist eines jener merkwürdigen Rätsel, die uns das augenblickliche Verhältnis der Entente aufgibt. Die Entente, die auszog, um die Geheimdiplomatie zu kühlen, scheint diesen Windsturm noch ärger zu züchten, als ehehem die Mittelmächte.

Die Aufgaben des Obersten Rates.

DZB Paris, 1. Aug. Wie Journal mitteilt, wird Belgien nur zu den Beratungen des Obersten Rates eingeladen werden, wenn andere Fragen als die oberschlesische, beispielsweise die Aufhebung der Sanktionen, beraten werden. Die Belgier selbst wollten, daß die reichsgerichtlichen Urteile gegen die Kriegsschuldigen zur Sprache gebracht würden. Außerdem sei es nicht ausgeschlossen, daß von türkischer oder griechischer Seite ein Ersuchen um Vermittlung erfolge.

Nach einer Mitteilung der Havasagentur wird die Tagung des Obersten Rates jedenfalls über die zehn Tage dauern. Die Tagesordnung sei überliefert. Man könne annehmen, daß die alliierten Staatsmänner sich auch mit der russischen Hungersnot beschäftigen würden. Endlich wäre es, wie es in der Mitteilung heißt, sehr wahrscheinlich, wenn die Orientfrage nicht angeschnitten

Amtliche Erklärung der französischen Regierung.

DD Paris, 1. Aug. Die französische Regierung gibt amtlich bekannt, daß entsprechend ihrem Vorschlage die englische Regierung beschloffen hat, den englischen Berliner Botschafter aufzufordern, gemeinsam mit dem französischen und italienischen Botschafter eine Kollektivdemarche (einen gemeinsamen Schritt) bei der deutschen Regierung zu unternehmen in dem Sinne, daß der Wilhelmstraße mitgeteilt wird, sich bereit zu halten, um mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Truppentransport durch Deutschland, welchen die Lage in Oberschlesien jederzeit erforderlich machen muß, zu erleichtern. Die französische Regierung gibt außerdem amtlich bekannt, daß die Entente-Konferenz am 8. August beginnen soll, also um 4 Tage verschoben worden ist, und zwar mit Rücksicht auf die italienischen Vertreter, die infolge des späten Parlamentsbeschlusses nicht früher anwesend sein können. Lloyd George, so heißt es in dem amtlichen Communiqué, wird an der Entente-Konferenz persönlich teilnehmen. Als Ort der Entente-Konferenz ist Paris bestimmt worden. Soweit die amtlichen Mitteilungen.

Die Demarche des französischen, englischen und italienischen Botschafters soll erst morgen, Montag stattfinden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Abgeordneter Erkelens verhaftet.
Düsseldorf, 31. Juli. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelens wurde von der Besatzungsbehörde verhaftet. Gründe, die zu der Verhaftung führten, wurden nicht bekannt gegeben. Es verlautet, die Post Erkelens' sei schon seit vier Wochen von der Besatzungsbehörde kontrolliert worden.

Eine spätere Nachricht besagt: Die Auffassung, die Verhaftung des Abgeordneten Erkelens stelle sich als ein Mißgriff der französischen Besatzungsbehörde heraus. Er wurde gestern morgen von drei geheimen Polizisten in seiner Wohnung verhaftet, nachdem vorher alle Ausgänge besetzt worden waren. Auch auf der Elektrischen, mit der er zum General gebracht wurde, waren die Ausgänge besetzt. Der französische General fragte den Abgeordneten wegen eines von ihm veröffentlichten Artikels im „Berliner Tageblatt“. Der Abgeordnete erklärte, daß man bei der Einholung einer Auskunft ihn doch nicht verhaften brauche. Hierauf sagte der General, daß er auch nicht verhaftet worden sei. Bei der Gegenüberstellung mit den drei Geheimpolizisten stellte sich dann heraus, daß diese ihr Amt überschritten hatten. Erkelens wurde daher sofort auf freien Fuß gesetzt.

Um den Reichskommissar.

DZB Paris, 31. Juli. Wie das Journal des Débats mitteilt, hat die Botschafterkonferenz auf das Ersuchen der deutschen Regierung, das Abkommen für den Fürsten Hatzfeld als Nachfolger des Reichskommissars für die Rheinlande, von Stard, zu erteilen, eine Antwort gegeben. Die Botschafterkonferenz habe wissen lassen, daß die Einrichtung eines Reichskommissars nicht durch die Rheinlandfrage, die dem Friedensvertrag beigegeben seien, vorgegeben sei. Die alliierten Regierungen würden die Ernennung eines neuen Kommissars nur unter der Bedingung prüfen, daß die deutsche Regierung die Verfechtung gebe, der neue Kommissar werde sich einer systematischen Obstruktion enthalten und loyal mit der interalliierten Rheinlandkommission zusammenarbeiten.

Rheinische Pressefregung in Aachen.

Der Verband der rheinisch-westfälischen Presse tagte am Samstag und Sonntag in Aachen. Die engeren Beratungen galt den berufswirtschaftlichen Fragen des Redakteursverbandes. Die allgemeinen Besprechungen berührten die Presseverhältnisse im besetzten Gebiet. In Fragen der Zensur, des Erscheinungsverbotes von Tageszeitungen und der Befragung von Redakteuren hat sich die neu gebildete Arbeitsgemeinschaft der Vertreter des Presseverbandes und des Reichsverbandes der deutschen Presse im besetzten Rheinland in gemeinsamer Abwehr betätigt. Ministerialdirektor Brandt, der Stellvertreter des noch nicht wieder besetzten Amtes des Reichskommissars, ließ in einem eingehenden Bericht erkennen, daß eine Besserung in der Behandlung der Presse zu erwarten ist. Befragt wurde, daß in der Berliner Presse häufig Lärmsachen-Nachrichten ständen, die natürlich gegen uns ausgemünzt würden. Bei einer Führung durch das Rathaus gab Oberbürgermeister Farwilt mit Humor gewürzte Erklärungen, bei der Besichtigung des Münsters konnte man Professor Buxtehude, dem achtundzwanzigjährigen Domkapellmeister, lauschen. Neben den baulichen Zeugen von Aachens Geschichte und künstlerischer Kultur hinterließen die besetzten Fabriken, die Technische Hochschule, die Wetterwarte von Professor Polls und nicht zuletzt der Monumentalbau des Bades und Hotels Quellenhof einen starken Eindruck, der nach der gefälligen Seite durch ein großes Festspiel in den Parkanlagen und Sälen des Kurhauses, verschönt durch ein Riesenseuerwerk, farbige Wasserspiele und Rumpionschmuck, bei den Klängen eines trefflichen Kurorchesters in rheinischer Ungebundenheit noch ergänzt wurde.

Nie wieder Krieg!

DZB Berlin, 31. Juli. Unter dem Losungswort: „Nie wieder Krieg“ wurde im Berliner Lustgarten eine riesige Kundgebung von Reichstagsabgeordneten, Unabhängigen, der Gewerkschaftskommission des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer, der deutschen Friedensgesellschaft, der deutschen Liga für den Völkerverbund, des Reichsbundes der Kriegsgescheiterten und weiterer sechzig Organisationen veranstaltet. Etwa dreißig Redner sprachen gegen den Revanchegedanken für eine friedliche Außenpolitik, für einen neuen Geist der Jugendzuehrung und für die Sicherung der republikanischen Staatsform. Alle Redner hoben hervor, daß der Krieg weitergehe, so in Polen und in der Türkei. Immer noch schmacheten zahlreiche Kameraden in der Gefangenschaft. Bei den Siegern und bei den Besetzten sei der wirtschaftliche Druck ungeheuer. Ungeheuer seien auch die Menschenopfer und die finanziellen Verluste. Der Kriegsgedanke müßte allgemein bekämpft werden. Das Wichtigste sei die Propaganda für die Verweigerung des Kriegsdienstes, Munitionsherstellung und Waffentransporte. Die Redner fanden braunenden Beifall. Rheinische Friedenskundgebungen wurden an etwa 300 deutschen Orten sowie in England, Frankreich und Amerika veranstaltet.

Steuerberatungen im Reichskabinett.

TU Berlin, 1. Aug. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner Samstagssitzung mit den neuen Steuer-

vorlagen. Die Besprechungen dürften mindestens noch zwei Sitzungen in Anspruch nehmen. Ueber die neuen Vorlagen wird der Öffentlichkeit nach Abschluß der Beratungen Mitteilung gemacht werden.

Für die schwarz-weiß-rote Fahne.

TU Hamburg, 31. Juli. Unter riesiger Teilnahme fand gestern abend auf der Alster ein Flaggenfest als Kundgebung für die Beibehaltung der schwarz-weiß-rotten Fahne statt. Etwa 9000 Boote mit zahlreichen schwarz-weiß-rotten Flaggen geschnürt fuhr in einem Riesenkort auf den Alster der Alster vorbei, begeistert begrüßt von der nach Hunderttausenden zählenden Menge. Beim Vorbeifahren weiterte sich die Kapelle, das Flaggengesang „Deutschland, Deutschland über alles“ zu spielen mit dem Hinweis darauf, daß der Deutsche Märfsterverband es verboten habe, am 30. und 31. Juli dieses Lied zu spielen. Die Kapelle wurde sofort entlassen.

Berlin Sitz des Zentralkomitees der Moskauer Internationale.

TU Essen, 1. Aug. Wie das Essener Freie Wort meldet, soll zwecks intensiverer Bearbeitung Deutschlands die Leitung des Zentral-Eksekutivkomitees der dritten Internationale in allerhöchster Zeit nach Berlin verlegt werden. Nach außen hin bleibt das Exekutivkomitee in Moskau. Aber auch der Aktionsrat, der die kommunistischen Sektionen Polens, Italiens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Frankreichs und Belgiens militärisch umschließt, kommt nach Berlin. Die Berliner Parteileitung ist in dem Moskauer Befehl beauftragt worden, zunächst für 400 Mann Unterkunft vorzubereiten.

Bandenunruhen in Oberschlesien.

Berlin, 1. Aug. Das Berliner Tageblatt meldet ein weiteres Umsichgreifen des Bandenwesens in Oberschlesien. Das Dorf Belschütz im Kreise Ratibor wurde von einer stärkeren Polendande angegriffen. Besonders im Kreise Belschütz ist die Lage außerordentlich unsicher und bedrohlich. In das Gut Konradshof drang ein Trupp Polen ein und raubte 4000 Mark. Auch das Gut Welschshof wurde von den Polen beraubt. Die Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus dem Kreise Belschütz infolge des polnischen Terrors noch immer an.

Polen erhält deutsche Kriegsschiffe.

TU Danzig, 31. Juli. Von den an Frankreich und England ausgelieferten deutschen Kriegsschiffen sind der kleine Kreuzer „Danzig“ und sechs kleine Torpedoboote B. 108, A. 59, A. 54, A. 68, A. 69 und A. 80 an Polen verkauft worden, die den Stamm der zu bildenden polnischen Flotte bilden sollen. Die Schiffe sind, nachdem sie in England repariert und umgebaut worden sind, in die Offize ausgeliefert und haben in Danzig-Bugib und Gelingen Station bezogen. Sie führen jetzt reichspolnische Namen.

Nicht mit Deutschland.

TU Brüssel, 31. Juli. Die belgischen Parlamentenmitglieder haben beschloffen, nicht an der Konferenz der interparlamentarischen Union in Stockholm im September teilzunehmen, da die deutschen Parlamentarier ebenfalls eingeladen sind. Sie haben sich mit den französischen Parlamentariern verständigt, um eine Aktion gegen den jetzigen Präsidenten und Führer der Union einzuleiten.

Ein Narr.

P London, 31. Juli. Bottomley, dessen antideutsche Campagne bei der Regierung nicht viel Erfolg hat, schlägt jetzt vor, daß das englische Offizierskorps alle Offiziere, die sich mit deutschen Frauen verheiratet haben, aus dem Offizierskorps ausstoßen und gesellschaftlich boykottieren solle. Er weist auf die torrente Haltung der englischen Frauen hin, die es seit Eröffnung des Krieges verabscheut hätten, sich mit Deutschen einzulassen. Ihm sei kein Fall bekannt, daß eine Engländerin nach dem Kriege einen Deutschen geheiratet habe. Bottomley will nun die nationalen Offiziers- und Soldatenverbände für den Kampf zu gewinnen suchen.

Gegen die jerbischen Kommunisten.

P Wien, 31. Juli. Wie aus Belgrad gemeldet wird, hat die Regierung heute eine Vorlage zum Schutz des Staates eingebracht, die den Vernichtungskampf gegen den Kommunismus bedeutet. Alle Parteien, die unter die Bestimmungen der Vorlage fallen, sollen aufgelöst und ihre Mandate im Parlament für nichtig erklärt werden. Das würde allein schon die Annulierung von mehr als 50 kommunistischen Mandaten bedeuten. Ferner sollen alle Gemeindevorstellungen mit kommunistischer Mehrheit aufgelöst, alle öffentlichen Angestellten, die der kommunistischen Partei angehören, entlassen werden. Gewerkschaften, in deren Leitung Kommunisten sthen, verfallen ebenfalls der Auflösung. Im Falle von Streiks soll sofort der Belagerungszustand verhängt und die Streikführer gerichtlich verfolgt werden. Jede kommunistische Propaganda, sowie jede Unternehmung, die auf eine gewalttätige Kenderung der Staatsform abzielt, soll mit dem Tode, in einigen schweren Fällen mit 20 Jahren Kerker bestraft werden. Der Vorsehtwurf wurde im Ausschuß mit großer Mehrheit angenommen. Gegen ihn stimmten nur die Kommunisten, die Republikaner und ein Teil der Agrarier. Die Sozialisten enthielten sich der Abstimmungen. Wie der Arbeiterzeitung aus Belgrad gemeldet wird, beabsichtigt die Regierung, das Gesetz im Wege des abgeklärten Verfahrens durchzubringen, welches darin besteht, daß nur wenige Redner zu kurzen Erklärungen das Wort erhalten.

Washington — die verkappte Falle.

P London, 31. Juli. Die Zustimmung zur Beteiligung an der Washingtoner Konferenz seitens der japanischen Regierung hat, wie Telegramme aus Tokio melden, in der Presse wenig Widerhall gefunden. Die Kritik der Blätter richtet sich gegen die Sonderbestrebungen und geheimen Pläne der einzelnen Mächte, die in Washington zusammenkommen sollen. Jede Staatsregierung trachte jetzt schon, ihre Sonderinteressen von den befreundeten Nationen unterstützt zu erhalten. Es sei nicht zweifelhaft, daß Japan ziemlich isoliert in Washington stehen würde. Eine weitere Nachfolge von Versailles stelle die Tagesordnung dar, die schon einige Male umgearbeitet worden sei, obgleich auch jetzt noch nicht feststehe, was eigentlich besprochen werden solle. Die Ursache zur Einberufung der Konferenz, die Entwaffnungsfrage, sei bereits in den Hintergrund getreten, weil

weil Amerika sein Programm so aus, daß China der Mittelpunkt der Verhandlungen werden kann. Davor sei nur ein Sprung nach Sibirien und zur Insel Jap. Damit wären dann alle Fragen vor einem internationalen Konzil aufgerollt, die für Japan erledigt sind — freilich durch den Rückzug der Vereinigten Staaten von dem Versailler Vertrag nicht im Sinne Amerikas. Wenn Japan auf derartige Besprechungen eingehen würde, so erklären die Blätter, dann bedeute Washington die Fortsetzung von Versailles. Auch die in den letzten Tagen verbreitete Nachricht über ein Aufschieben der Konferenz wird von den japanischen Blättern als verkappte Falle bezeichnet.

DZB Paris, 1. Aug. Der Korrespondent der New York Tribune in Washington kündigt an, daß der britische Botschafter und sein japanischer Kollege Staatssekretär Hughes einen Besuch abgestattet haben, um ihn zu ersuchen, die vom Präsidenten Harding einberufene Konferenz zu vertagen. Nach gewissen Andeutungen scheint es, daß die amerikanische Regierung vielleicht gezwungen sei, die Konferenz bis zum nächsten Frühjahr aufzuschieben.

Doch Anfang November?

DZB Paris, 1. Aug. Die Chicago Tribune meldet aus Washington: Staatssekretär Hughes und der englische Botschafter Geddes hatten eine einstündige Unterredung, nach der bekannt wurde, daß England nicht weiter auf einer Konferenz zu den Washingtoner Verhandlungen besteht und gegen die Abhaltung der Abrüstungskonferenz Anfang November keine ersten Einwendungen mehr erheben würde. Frankreich sei dem Beginn einer Konferenz am 11. November nicht abgeneigt und inoffiziell hätten auch Japan, Italien und China die Einverständnis mit diesem Zeitpunkt erklärt. Die Einladungen zu der Konferenz werden bereits nächste Woche erfolgen.

Chinesische Hoffnungen.

DB London, 31. Juli. Nach einem Bericht der Times aus Peking ist die in China ergangene Einladung zur Teilnahme an der Washingtoner Konferenz mit großem Enthusiasmus aufgenommen worden. Die chinesische Regierung und die öffentliche Meinung setzen auf die Konferenz die größten Hoffnungen und erwarten, daß sie China von der Last ungerechter Verträge befreien werde, insbesondere hofft man auf Befreiung vom jeglicher Bevormundung seitens Japans.

Lezte Devischen.

Auslieferung der deutschen Devisen von 1870—71.
TU Paris, 1. Aug. In Pariser maßgebenden Kreisen wird gegenwärtig wiederholt die Frage aufgeworfen, daß man Deutschland zwingen werde, die im Kriege von 1870—71 erbeuteten Fahnen und Kanonen zurück zu erstatten. Die Fahnen seien aus der Potsdamer Garnisonkirche in das Berliner Kriegsministerium während der Revolution überführt und von dort nachher verschleppt worden. Frankreich habe als Ersatz dafür Sachen aus der napoleonischen Zeit erhalten, mit denen es sich aber nicht begnügen dürfe. Die französischen Kanonrohre an der Berliner Siegesallee seien eine Schmach für die in Berlin weilenden französischen Offiziere und Soldaten.

Die deutschen Zahlungen.

TU Rom, 31. Juli. Der bekannte frühere Staatsminister Suzzotti fordert die Regierung auf, im Obersten Rate dafür einzutreten, daß die Angelegenheit der deutschen Zahlungen der Zuständigkeit der Reparationskommission entzogen und der technischen Fachmännern anvertraut werden.

Wirtschaft und Handel.

Polnischer Handel über das Rheinland.
Es ist allgemein bekannt, daß wir uns mit Polen in einem dauernden Handelskrieg deshalb befinden, weil Polen Handelsverträge mit uns abzuschließen sich weigert. Infolgedessen hat Deutschland die Ausfuhr nach Polen vollständig gesperrt. Polen umgibt nun dieses Verbot, indem es deutsche Waren aus dem der deutschen Zollkontrolle entzogenen Rheinland ausführt und darüber hinaus das „Loch im Westen“ auch zur Ausfuhr aus dem ganzen Reich benutzt. Beweis ist folgende Bekanntmachung des polnischen Handelsministeriums, die der Berl. „Total-Anzeiger“ veröffentlicht:
„Mit der Festlegung einer Zollgrenze zwischen dem Rheinland und dem übrigen Deutschland erfordern für den Handel zwischen dem Rheinland und Polen eine günstige Handelskonjunktur. Besonders die Zollfunktions begeben sich nicht auf die Ausfuhr aus dem Rheinland, das gegenwärtig unter der Verwaltung der Rheinlandkommission steht. Die Rheinland-Kommission hat erklärt, daß sie keine Schwierigkeiten in der Ausfuhr von Ausfuhrerzeugnissen auf Waren aus dem Rheinland nach Polen machen wird. Nähere Information erteilt das Konsulat der Republik Polen in Köln, an welches Anträge auf Ausfuhrerlaubnis zu richten sind. Gegenstände der Einfuhr aus dem Rheinland nach Polen sind in erster Linie Eisen- und Stahlwaren, Maschinen und Werkzeuge, Chemikalien und Steinrohre. Die Warentransporte können auf dem Wasserwege über Rotterdam und Beipig geleitet werden.“

Keine Ausfuhrbewilligung mehr für Baumwollgarne.
Die Interalliierte Rheinlandkommission hat nach dem „Konfessionär“ beschloffen, die Waren des statistischen Jahresschlusses Nr. 440—444 auf die Freiliste derjenigen Waren zu legen, die aus dem besetzten Gebiet über die Rheinlandzollgrenze nach dem unbesetzten Deutschland ohne Bewilligung ausgeführt werden dürfen. Es dürfen also von jetzt an familiäre Baumwollgarne und Zwirne in allen Aufmachungen ohne Bewilligung in das unbesetzte Deutschland von den infschleischen Spinnereien ausgeführt werden.

Die Kartoffelernte.

Berlin, 30. Juli. Der Verband deutscher Kartoffelinteressenten tritt den übertriebenen Meldungen einer angeblichen Katastrophe in der Kartoffelernte entgegen. Die Frühkartoffelernte war gut über mittell. Die Herbstkartoffelernte dürfte sich, zumal auf iderem Ertrage, wieder erholen, sobald Regen kommt. J. H. lasse die Herbstkartoffelernte sich durchaus noch nicht übersehen.

Das neue Laubwollgesch.

Das Berliner Tageblatt schreibt: In dem neuen Laubwollgesetz fallen alle Steuerermäßigungen künftig fort. Während der Steuerertrag für 1921 insgesamt mit 1,8 Milliarden veranschlagt wurde, werden nunmehr nach dem neuen Gesetz 2,7 Milliarden erwartet.

Von Nah und Fern.

• **Oberkassel, 1. Aug.** Der hiesige Spar- und Darlehnskassenverein schloß das abgelaufene Geschäftsjahr mit einer Bilanz von 666 284,11 Mark. Gekostet wurden 613 774,38 Mark, ausgezahlt 43 516,30 Mark. Es betrugen die Forderungen aus gemeinsamen Bezügen 12 533,78 Mark. Das Geschäftsguthaben bei Genossenschaften 9800, das Guthaben bei der Zentralkasse 557 424 Mark, das Guthaben bei Mitgliedern in laufender Rechnung 33 054,77 Mark, die Wertpapiere 8 500 Mark, der Gewinn 2 806,04 Mark. Die Mitgliederzahl beträgt 117 mit einem Geschäftsguthaben von 1225 Mark.

• **Singig, 1. Aug.** Die Ahr ist hier vollständig ausgetrocknet, was seit langen Jahren nicht mehr vorgekommen ist. Weiler ist dadurch der reiche Fischbestand, vorwiegend Forellen, vollständig vernichtet.

• **Duisdorf, 1. Aug.** Heute werden es 25 Jahre, daß der Fuhrmann Joh. Hof. Hilland in die Holzfirma Joh. Schölter eingetreten ist. Die Handelskammer verlieh ihm eine Ehrenurkunde.

• **Kliff, 6. Juli.** In den hiesigen Gärten fällt von Tag zu Tag immer mehr Obst von den Bäumen, was bei dem meist nur spärlichen Behang und den hohen Preisen doppelt bedauerlich ist. Das Fallobst ist jetzt so weit, daß es mit Mühen im Haushalt verwertet werden kann.

• **Kliff, 1. Aug.** In der letzten Zeit sind in verschiedenen Ortschaften des Vorgebirges öffentliche Verpachtungen von Ackerland etc. abgehalten worden. Der reichliche Anpruch, das halbtägige Drängen und das stötte Bieten zeigte, wie landgerig die hiesige Bevölkerung ist. Nette Preise, wie man sie bisher nicht gekannt und für möglich gehalten hätte, wurden da überall geboten. Es war keine Seitenhölle, daß 800, 900 und je nach der Lage sogar 1000 Mark für den Morgen geboten wurden.

• **Waldorf, 1. Aug.** Ein hiesiger Landmann fand beim Einfahren von Rechen das Nest eines Jagels mit fünf halbausgewachsenen Jungen. Er nahm sie mit nach Hause, um sie dort aufzuziehen. Sie lassen sich leicht und gut verkaufen, denn sie werden in Kellern und auf den Fruchtstücken zum Vertilgen von Mäusen und Ratten der besten Rabe vorgezogen. Im Garten nützt der Jagel durch das Wegwischen von allerlei Ungeziefer, schadet aber auch durch Plündern der Bogenseier und Rauben der jungen Küchlein. In zusammengetragenen Raube hält er seinen Winterschlaf.

• **Wesseling, 1. Aug.** Die Leiche des hier bei einer Segelfahrt ertrunkenen Profuristen von hier wurde in Porz gelandet.

• **Urfeld, 1. Aug.** Der hiesige Hauptlehrer Wilhelm Steffer tritt mit dem 1. Oktober ds. Js. in den Ruhestand. Die Gemeinde steht ihn nur ungern scheiden. Er hat in seinem Berufsleben langen Jahren ganz hervorragendes geleistet und ist weit über die Grenzen des Bezirkes hinaus als Volks- und Jugendschriftsteller bekannt geworden.

• **Brühl, 1. Aug.** Ein umfangreicher Diebstahl wurde hier in einem Hause der Klemens-Auguststraße verübt. Das ganze Haus wurde durchwühlt und alles Mitbewertene an Kleidern, Wertgegenständen und sonstigen Sachen gestohlen. Der Verlust beläuft sich auf viele Tausende Mark.

• **Rheinbach, 1. Aug.** Der Postkassierer Joh. Kann wurde zum Oberpostkassierer befördert.

• **Köln, 1. Aug.** Die Lohnbewegung in Köln greift immer weiter um sich. Die Gewerkschaftsvorstände dieser Berufsgruppen werden mit Resolutionen beauftragt, in denen Lohnforderungen gestellt werden. Eine Versammlung der Zeitungsträgerinnen hat sich mit den streikenden Buchdruckern solidarisch erklärt. Im Zeitungsgewerbe habe jede Zeitungsträgerin bei Wiederaufnahme der Arbeit die Konsequenzen zu tragen. Die Schreiner haben beschloffen, heute Montag in den Streik zu treten. Die Brauereiarbeiter wollten die Bekanntgabe der Abweisung ihrer Forderung auf Lohnverhöhung mit der sofortigen Streikklärung beantworten. Der Verbandsleitung ist es jedoch gelungen, die Entscheidung hinauszudrängen. Die Ortsgruppe Köln der Post- und Telegraphenbeamten haben ebenfalls Lohnforderungen gestellt. Die Lohnbewegung ist hervorgerufen worden durch das langsame Ansteigen der Preise in den letzten Monaten für alle Bedarfsartikel. Gerade im besetzten Gebiet macht sich die Differenz zwischen Lohn und Preisen immer schärfer bemerkbar. Wenn die Ruhe in allen Gewerben wiederhergestellt werden soll,

dann müssen prinzipielle Ermäßigungen zurückgestellt werden, da nur weites Entgegenkommen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dem Wiederaufbau des deutschen Gewerbes nützen kann.

• **Köln, 1. Aug.** Vier Burchen, die schon vor acht Tagen vermisst wurden, einen Boten mit Lohngebern in Höhe von 270 000 Mark auf dem Wege zur Grube Donatus zu berauben sind am Samstag bei einem zweiten Versuch bei einer Eisenbahnüberführung in Lüttich, wo sie mit einem Auto einhaken, von Kölner Kriminalbeamten gefasst, verfolgt und nach einem Feuergefecht im Walde festgenommen worden. — Beim Baden im offenen Rhein sind in den letzten Tagen wieder mehrere Personen ertrunken. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden. — Auf traurige Weise ist die bekannte Kölner Geigenvirtuosin und Musiklehrerin Frau Maria Weger. Sonntag ums Leben gekommen. Sie wollte sich am Donnerstagabend in das Metropoltheater begeben; auf der Friesenstraße wurde sie beim Überqueren der Straße von einem holländischen Automobil überfahren und tödlich verletzt.

• **Köln, 1. Aug.** In der letzten Zeit mehrten sich die räuberischen Überfälle auf Spaziergänger im Königsforst. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die Wege nach Firsbach bzw. der Firsbacher Mühle besonders unsicher sind. Es erscheinen in der Regel zunächst zwei der Banditen, und wenn die Überfallenen nicht gutwillig sind und Gut hergeben, eilen aus dem Walde vier zu 20 Räuber herbei und plündern dann die Opfer aus. Die Bande ist auch zum Teil bewaffnet. Es gelangt jetzt, zwei der Streiche zu verhaften; sie stammen aus Rathenau.

• **Aus der Eifel, 1. Aug.** Nach Berichten aus der Eifel ist der Stand der Felder, mit Ausnahme derjenigen auf schlechtem Boden mit nur geringer Ackerkrume, durchweg gut, jedenfalls besser als in der Rheinniederung, da die Eifel verschiedentlich Niederschläge erhalten hat. In den Dörfern um die Höhe Hülsm herum findet man allenthalben schöne Körnertrucht und gute Kartoffelerbeide. Auch die Wiesen stehen üppig und frisch.

• **Teiler, 1. Aug.** Auf der Bal. strecke Cong-Cangem wurde dem Bahnwärter Seer aus Cangem von der Lokomotive eines Schnellzuges der Kopf abgefahren. Die Maschine schleifte den kopflosen Leichnam noch etwa 50 Meter weit mit fort.

• **Koblenz, 1. Aug.** Die hiesigen Buchdrucker veröffentlichten folgende Mitteilung: Das Nachrichtenblatt der Kölner Zeitungen schreibt in seiner Donnerstags-Ausgabe, daß die Koblenzer Buchdrucker in einer Versammlung am dem Verhalten der Kölner Kollegen (Klarie Kritik) geübt und ihr vorläufiges eigenmächtiges Handeln verurteilt hätten. Dieser Bericht widerspricht ganz und gar der Wahrheit. Tatsache ist vielmehr, daß in jener Versammlung die Kölner Forderungen als berechtigt anerkannt wurden und man sich auch für Koblenz zu eigen machte. Die Koblenzer Buchdrucker wollen die Zentralverhandlungen laut Versammlungsbeschluss abwarten und dann erst Stellung zu einem eventuellen Streik nehmen.

• **Kreuznach, 30. Juli.** Der Kreistag hatte sich mit den Projekten der Schaffung einer Naheregulierung mit Hilfe von Talperren, die auch der Kraftleistung nutzbar gemacht werden sollen, zu befassen. Die Talperren sollen in der Gegend von Kirm entstehen und so die Ortschaften des unteren Rheintales vor Hochwassergefahr schützen. Die Schwierigkeiten liegen in der Beschaffung der Baumittel, die zunächst schon auf 200 Millionen veranschlagt sind, und von denen ein Teil nicht aus den Gewinnen aus der Stromlieferung vergütet und getilgt werden kann. Der Kreis tritt für die Erbauung der Talperren ein, fürchtet aber, daß die Kosten für die einzelnen Kreise eine zu schwere Belastung sein werden. Man will daher einen anderen Weg zur Lösung versuchen, nämlich den, einer Gesellschaftsform, die sich dann zwecks Talperrenbaues über die ganze Rheinprovinz erstrecken soll.

• **Saarbrücken, 31. Juli.** Die große Masse der ausständigen Bauarbeiter des Saargebietes, die hier nicht anständig sind, hat Arbeit in der Pfalz ausgenommen, wo die hohen Frankfurterlöhne wirken. Wenn auch die Bauwirtschaft im allgemeinen nicht sehr umfangreich ist, so fehlt es doch den ganzen Sommer über an gelerntem Bauhandwerkern, weil in den letzten Jahren fast keine Lehrlinge zugezogen. Die geringen Löhne für den Wohnungsbau in diesem Jahre werden hierdurch aufs äußerste gefährdet.

Das Wesen der Hypno-Kartose besteht in folgendem. Zunächst ist eingehende Aufklärung und Belehrung des Patienten über die Vorteile der beschriebenen Methode notwendig. Argentin, auch seelischer Zwang, ist nicht anzuwenden, auch erfolglos. Nur wolkenden Kranken, die überzeugt sind, daß ihr Bestes beabsichtigt ist, kann geholfen werden. Einige Zeit vor der beschriebenen Operation wird eine erste hypnotische Einwirkung, etwa auf die Herbeiführung von Schlaf ausgeübt. Sie wird weiterhin wiederholt. Zu Beginn der eigentlichen Hypno-Kartose wird dem Kranken die Suggestion erteilt, daß er nichts spüren, sondern ruhig schlafen wird. Kurz darauf beginnt die Kartose mit Äther, Chloroform oder einem Gemisch von beiden. Wenn der Operateur angibt, daß die Operation in der Hauptphase beendet ist, wird die Kartose abgebrochen und von neuem mit Hypnose begonnen. Die letzten operativen Verrichtungen (Hautnähte, Verband) sollen bereits in Hypnose, nicht mehr während der Kartose vorgenommen und beendet werden.

Das Klingt sehr einfach, ist es aber in Wirklichkeit nicht so ganz. Wie nischod in der ärztlichen Kunst, ist das Vertrauen des Kranken zu dem Gelingen der Hypnose Vorbedingung des Erfolges. Selbstverständliche Notwendigkeit ist Beherrschung der hypnotischen Technik von Seiten des Arztes. Nicht immer wird daher, wenigstens heute, der Operateur selbst die Kartose vornehmen — was der Idealzustand wäre —, sondern er wird einen fachkundigen Neurologen zuziehen müssen. Besonders wichtig ist vor allem auch die Fernhaltung schädlicher Einflüsse, namentlich beunruhigender Reizstoffe, aus der Umgebung des Kranken. Je mehr sich eine derartige Methode einbürgert, je selbstverständlicher sie gilt — wie es heute etwa bei der vor wenigen Jahrzehnten noch eine Ausnahme bildenden Kartose der Fall ist —, um so leichter ist die Hypno-Kartose auszuführen.

Die Vorteile der Verbindung von Hypnose und Kartose schlägt Friedländer hoch an. Der Verbrauch an Kartosemitteln kann auf ein Drittel und weniger herabgesetzt werden, was für den kranken Organismus natürlich eine wesentliche Entlastung bedeutet. Die der Operation vorausgehenden Nächte werden ohne Schlaf- und Beruhigungsmittel angenehm verbracht. Die bei vielen Menschen bestehende Angst vor Kartose und Operation wird gehoben. Das Erwachen aus der Hypno-Kartose ist ein euphorisches, d. h. von angenehmen Gefühlen begleitet; die sonst nicht seltenen Zustände von Unruhe und Erbrechen fallen weg. Für eine ruhige Beseitigung wie für die Stimmung des Kranken ist der letzte Punkt besonders bedeutungsvoll. Treten nach dem Erwachen Schmerzen auf, so kann durch neue Einwirkung von dem hypnotischen Dauerschlaf Gebrauch gemacht werden. Vor der Entlassung aus der Behandlung ist eine Suggestion mit starker Betonung zu erteilen: daß der Kranke in Zukunft niemals von anderer als von ärztlicher Seite und zu anderen als Heilmitteln hypnotisiert werden kann. Damit

Aus Bonn.

Bonn, 1. August.

• **Universität.** Dem scheidenden Universitätslehrer Berthold Wilmann bereiten Kollegen, Freunde und Schüler eine herzliche Abschiedsfeier. Wilmann, der ungefähr 40 Jahre hier wirkte, siedelt nach München über. In seiner Abschiedsvorlesung gab der scheidende Lehrer eine Zusammenfassung seines Lebens „Seine und seine Zeit“ und legte im Anschluß hieran die Aufgaben dar, die er als deutscher Literaturprofessor zu erfüllen suchte: jungen Schaffenden die Wege zu ebnen, Lehrer des Volkes heranzubilden und die Schüler zu lebensfrohen, selbständigen Menschen zu machen, getreu seinem Wahlspruch „Wahrheit ist selbst frei.“ Geheimrat Wilmann hatte als dargelegter Defekt der Fakultät Worte des Dankes für den scheidenden. Ein Mitglied des letzten Seminars, Otto Bräus, sagte dem Lehrer Dank für die Anregungen, die Wilmann den Schülern gegeben hat. Fr. Kühne überreichte eine Ehrenurkunde der letzten Seminarmitglieder und Professor Enders richtete ebenfalls Dankworte an seinen alten Lehrer. Allen Anwesenden dankte Wilmann mit bewegten Worten für die vielen Beweise der Liebe und Ehrung.

• **Wirtschaftliche Selbsthilfe der deutschen Studentenschaft.** Wie wir vom Versicherungsamt der Deutschen Studentenschaft erfahren, steht die Gründung eines Reichsademischen Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit bevor. Die Gesellschaft, die mit einem Gründungskapital von 1 Million Mark finanziert wird, soll sich in erster Linie mit der studentischen Unfallversicherung und der Unfallversicherung aller Unfälle des täglichen Lebens der Studierenden der deutschen Hochschulen befassen. Für die spätere Zeit ist die Uebernahme der Krankenversicherung in eigene Regie geplant. Durch Beschluß des Erlanger Studententages ist die Teilnahme an dieser Versicherung für alle Studierenden obligatorisch gemacht worden, so daß dieser Versicherungs-Verein vom ersten Tage an mit einem Bestand von ca. 100 000 Versicherten zu rechnen hat. Die Vorarbeiten hat der Leiter des Versicherungsamtes der Deutschen Studentenschaft, Otto V. Spieker, übernommen. Als Sitz der Versicherungsgesellschaft ist Köln, bezw. Köln-Rodenkirchen in Aussicht genommen.

• **Betriebsrätewahlen der städtischen Betriebe.** Es wurden 56 Arbeiter gewählt, wovon 30 den christlichen und 26 den freien Gewerkschaften angehören. Bei der Gesamtbetriebsratswahl wurden 9 Arbeiter gewählt, von denen 5 den christlichen und 4 den freien Gewerkschaften angehören. Zum Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates wurde Matthias Effer vom Fuhrpark wiedergewählt.

• **Städt. Gesundheitsamt.** In der Woche vom 24. bis 30. Juli sind erkrankt an Diphtherie 6 und an Typhus 1 Person.

• **Die Rheinschiffahrt** beginnt nach einer mehrwöchigen Unterbrechung sich langsam wieder zu regen; zunächst zwar nur vereinzelt sieht man die Schlepplüge ihre Fahrten wieder aufnehmen und es wird einiger Tage bedürfen, bis der Betrieb wieder voll im Schwunge ist und die zahlreichen Rähne, die sich an den Uferseiten angestammelt haben, wieder in Fahrt sind. An vielen Stellen hatten die Schlepplüge ihre Anhängelätze zusammengelagert, während die Dampfer f. Z. nach den Ausgangshäfen zurückkehrten. Das Fahrwasser, daß die wieder auflebende Schifffahrt vorfindet, ist allerdings für den geordneten Verkehr augenblicklich wenig günstig und fast durchgängig werden mehr oder minder umfangreiche Leichterungen vorgenommen werden müssen. Die anhaltend trockene Witterung hat den Wasserstand bei dem seibenden Zustuf aus dem Oberrheingebiet auf nahezu 0,68 Meter Höhe am Kölner Pegel zurückgefahren.

Der gestrige Sonntag bot ein außerordentlich belebtes Bild auf dem Rhein. Neben einer Anzahl Frachtschiffe mit einem großen Gefolge von Schleppläben verkehrten zahlreiche Personendampfer, die infolge des schönen Wetters überfüllt waren.

• **Ein größerer Waldbrand** wütete am gestrigen Sonntag auf dem Annaberge in der Nähe der Waldbau. Durch die Trockenheit gewann das Feuer immer größere Ausdehnung und umfachte schließlich zwei Morgen Waldbestand. Die Feuerwehren von Bonn, Poppelsdorf, Dettendorf sowie Teile des Pfadfinderkorps suchten mit vereinten

Kräften das Feuer einzudämmen. Nach angestrengter Arbeit war gegen Abend die Gefahr infolgedessen beseitigt, als ein Lebergeißel auf anderes Gebiet verdrängt wurde. Bei Poppelsdorf brach ein Heidebrand aus. Durch Wassermangel nahm das Feuer rasch an Ausdehnung zu. Poppelsdorfer Bürger löschten das Feuer durch Ausschlagen. Als die Feuerwehr anrückte, war die Gefahr beseitigt. — Da die Feuergefahr durch die anhaltende Trockenheit täglich wächst und vergrößert wird durch den Wassermangel auf dem Lande, ist doppelter Vorzicht am Platze. Insbesondere sollte im Walde das Rauchen unterlassen werden, denn gerade durch achtlos weggeworfene Streichhölzer, Zigarren- und Zigarettenstummel wird meistens ein Brand verursacht.

• **Posteinführungsgebühren.** Die Herstellungskosten der Posteingangsgebühren, die die Postverwaltung bisher unentgeltlich an die Versender abgegeben hat, sind im Laufe der Zeit derart gestiegen, daß bei der jetzigen Finanzlage auf den Ertrag der Selbstkosten nicht mehr verzichtet werden kann. Die Postanstalten sind deshalb angewiesen worden, fortan bei der Abgabe von Posteingangsgebühren der verschiedenen Größe einen Verkaufspreis von 50 Pfg., 1 Mark oder 2 Mark zu erheben.

• **Postverkehr mit Luxemburg und der Schweiz.** Vom 1. August an können im Verkehr mit Luxemburg und der Schweiz die auf eingeschriebene Briefsendungen, Wertbriefe und Wertpapiere eingezogenen Nachnahmen sowie die auf Postaufträge eingezogenen Beträge auf ein Postschekonto bei der Postverwaltung des Bestimmungslandes übertragen werden.

• **Öffentliche Fernsprechkstellen.** Die von der Reichstelegraphenverwaltung geplanten öffentlichen Sprechstellen in Bädern und Gastwirtschaften sollen, wie amtlich mitgeteilt wird, keine Fernsprechautomaten erhalten, sondern wie die Sprechstellen anderer Teilnehmer betrieben werden. Die Inhaber übernehmen die Verpflichtung, die Benutzung ihrer Sprechstellen je dermann zu gestatten und die Gebühren für die Fernsprechanlage einzuziehen. Von anderen Sprechstellen aus können diese öffentlichen Sprechstellen wie jede andere Teilnehmerstelle angerufen werden, ohne daß der Anrufer etwas zu zahlen hat. Die Einrichtungsgebühr, die Grundgebühr und der einmalige Fernspreckbeitrag werden von dem Inhaber der öffentlichen Sprechstellen nicht erhoben; sie haben aber die Gewähr dafür zu übernehmen, daß mindestens eine Einzahlung in Höhe der Grundgebühr und 10 Mark monatlich für Gesprächs aufkommen.

• **Die Nachzahlungen der erhöhten Beamten- und Lehrgeldbesitzer, Pensionen und anderweitigen Dienstbezüge, sind nunmehr durch die Kreisämter zur Auszahlung gekommen. Die Nachzahlungen reichen bis zum 1. April 1920 zurück.**

• **Können auch die Geschworenen über die Beweisanträge des Angeklagten entscheiden?** Vom Schwurgericht Torgau ist am 14. März neben andern Angeklagten der Fabrikarbeiter Max Klemm wegen räuberischen Diebstahls und versuchten Totschlags zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Angeklagten waren während der Nacht bei einem Gutsbesitzer B. eingedrungen und hatten bereits eine Anzahl von Sachen sich angeeignet, als B. erwachte und Alarm schlug. Der Angeklagte Klemm drang hierauf in das Schlafzimmer ein und gab mit seinem Revolver einen Schuß auf B. ab, der durch dessen Schulterblatt in die Wand ging. Klemm behauptete in der Verhandlung, er habe keinesweges einen Wardschlag auf B. versetzt wollen; seine Absicht sei es lediglich gewesen, schnell aus dem Zimmer zu fliehen und dabei habe er sich mit dem Revolver an der Türklinke festgehalten, wobei der Schuß sich ohne seinen Willen entladen habe. Zum Beweise hierfür beantragte er die Ortsbefichtigung. Der Vorsitzende richtete hierauf an die Geschworenen die Frage, ob sie eine Ortsbefichtigung für nötig hielten. Nachdem die Geschworenen erklärt hatten, daß eine Ortsbefichtigung sie in ihrem Urteile in keiner Weise beeinflussen könne, hatte der Gerichtshof den Beweisantrag abgelehnt. Deswegen und wegen Ablehnung eines weiteren Antrages auf Herbeiführung eines ärztlichen Sachverständigen rügte die Revision des Angeklagten Befürchtung der Verurteilung. Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet. Lieber die Vernehmung von Sachverständigen hat das Reichsgericht seinem freien Ermessen zu entscheiden, ebenso über einen Antrag auf Ortsbefichtigung. Wenn der Vorsitzende vor einer Entscheidung des Gerichtshofes die Geschworenen befragte, ob sie die Ortsbefichtigung für erforderlich hielten, so war dies durchaus zulässig.

• **Die Futternot** gestaltet sich auf dem Lande mit jedem Tag empfindlicher und drückender. Kraftfutter ist kaum noch, immer aber nur zu erspürlich hohen Preisen zu beschaffen. Den Tieren im Stalle wird Stroh als Zwischensfutter vorgeworfen. Sie haben sich bereits an diesen fargen Ersatz gewöhnt, daß sie einen großen Teil des neuen Strohes verzehren. Weil sie dabei jedoch nicht bei Kräften bleiben können, sind die Landwirte dazu übergegangen, den Hafer, ganz wie er vom Felde kommt, im Kuhstall zu verfüttern. Daß ein solcher Zustand nicht von Dauer sein kann und manches gute Stück Vieh abgeschlachtet werden muß, ist selbstverständlich.

• **Die deutschen Spartassen im Juni.** Die Einlagen bei den deutschen Spartassen haben im Monat Juni eine bedeutende Zunahme erfahren. Der Zuwachs betrug 1400 Millionen Mark. Es ist allerdings dabei zu beachten, daß der Juni als Quartalsabschlussmonat den Spartassen gewaltige Beträge an Gehälter-Zuschüssen zugeführt hat, die nicht als eigentliche Spartasparungen betrachtet werden können, da sie im kommenden Vierteljahr fast ganz wieder abfließen werden. Der Gesamtzuwachs seit Jahresbeginn beträgt nunmehr 4050 Millionen gegen 3340 bzw. 3400 Millionen Mark in der gleichen Zeit der beiden Vorjahre.

• **Heutiger Marktwertbericht.** Großhandelspreise: Rindfleisch: Bonn 4,50, Köln 3,20 Mt., Waldbere: Bonn 5,20 Mt., Stangenbohnen: Bonn 4 Mt., Köln 3 Mt., Frühbirnen: Bonn 80 Pfg. bis 2 Mt., Köln 60 Pfg. bis 1,30 Mt., Birnen: Köln 1,50 Mt., Strauchbohnen: Bonn 1,20—1,50, Köln 1 Mt., Kohlrabi: Bonn 35, Köln 40 Pfg., gelbe Möhren mit Laub: Bonn Geb. 1 Mt., Kartoffeln: hiesige: Bonn 1,20—1,35, Köln 1,20—1,25 Mt., fremde: Bonn 1,15 Mt., Einmachzwiebel: Bonn 3 Mt., Champignons: 1—2,50 Mt., Salat Stüd 70 Pfg. bis 1 Mt., Weißkohl 1—1,20 Mt., Kartoffel 1,20—1,50 Mt., Pfirsiche: Bonn 8—9, Köln 8,50 Mt., Frühpfirsiche: Bonn 4,50—4,80, Köln 4,50 Mt., Tomaten: Bonn 2—2,80 Mt., Blumenkohl 5—5,50 Mt., Einmachgurken 100 Stüd 15 Mt., Gurken Stüd 3,50—4,80 Mt., Endivien Stüd 1,50 Mt., Karotten Geb. 30 Pfg., Rhubarber Pfund 35 Pfg., Eier 1,77 Mt., Zwiebel trocken 1—1,10 R. Marktlage in Bonn und Köln: Zufuhr sehr gering, Verkauf schleppend.

Wetterausichten für Bonn und Umgegend bis Dienstag abend. Warm, heiter, lokale Gewitterneigung. Zur Wetterlage. Seit Samstag ist im Rheinfland und Westfalen wieder trockenes und wärmeres Wetter eingetreten. Die Mittagstemperatur betrug am Samstag 21—26 Grad. Am Sonntag 26—30 Grad. Die Nachttemperaturen zeigten sich allgemein von 7—14 Grad.

Schichttemperatur am Sonntag 1. 20,5 Grad C. Lufttemperatur heute Nacht 16 Grad C. Wassertemperatur des Rheines 23 Grad C. Rheinflaßtemperatur: heute 0,68, gestern 0,70.

Kunst und Wissen.

Hypno-Kartose.

Von Dr. W. Schweisheimer.

Chirurgie ohne Kartose, ohne allgemeine Betäubung oder örtliche Schmerzlinderung, ist heute nicht mehr denkbar. Die Frage, wie es möglich war, daß in früheren Zeiten die Menschen ohne derartige schmerzschaltende Mittel chirurgische Eingriffe ertragen konnten, beantwortet sich in der Hauptsache dahin, daß der enorme Aufschwung der neuzeitlichen Chirurgie eben überhaupt erst nach Einführung der Kartose möglich wurde. Die Entdeckung der Äther- und kurz darauf der Chloroformkartose in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bilden Marksteine in der Geschichte der Chirurgie und gesamten Medizin.

Die vielen schon vor Anwendung der Kartose ausgeführten, unumgänglich notwendigen Operationen mußten aber von den Kranken wegen Schmerzes getragen werden, wie heute der erste Hilfe leistende Arzt auf dem Berge dem Gefürzten den verrenten Arm einrichtet, ohne die Möglichkeit der Linderung dieses schmerzhaften Vorganges zu besitzen. Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, die Menschen hätten nicht von jeher darnach getrachtet, die Schmerzen der Kranken auf irgendeine Weise zu lindern. Bekannt sind aus dem Mittelalter die „Herzentränke“, deren wirksamer Bestandteil irgendein Nachschlagentengewebe war (Bisentrant, Hypocampus niger, Glodenlilientraut, Scopola atropoides) und die infolgedessen eine Schmerzlinderung darstellten, als sie die verurteilten „Hegen“ vor der Hinrichtung in einen Zustand der Betäubung versetzten. Schon viel früher hat man ähnliche Mittel in der Chirurgie verwendet: die Chirurgen Alexander benvenisti benütigten bereits drei Jahrhunderte vor Beginn der christlichen Zeitrechnung einen Auszug aus der Arianwurzel (Mandragora) zur Erzeugung von allgemeiner Empfindungslosigkeit, ehe sie eine Operation in Angriff nahmen.

Ein glückliches Zusammenreffen brachte es mit sich, daß der Entdecker des Hypnotismus (1841), der englische Arzt Braid gleichzeitig Chirurg war. So war es für ihn naheliegend, die hypnotische Einwirkung mit zur Herabsetzung der Empfindungsfähigkeit bei chirurgischen Eingriffen zu benützen. Seine Forschungen gerieten in Vergessenheit, wie ja überhaupt die Hypnose infolge ihres zum Teil freieschaffenden Gebrauches in Valenhanden lange Jahrzehnte in wissenschaftlichen Kreisen geraten war, aus dem sie erst durch die moderne Hypnotherapie erlöst wurde. Die Versuche, durch hypnotische Einwirkung Schmerzlosigkeit bei Operationen, bei Geburten zu erzielen, mehrten sich. In ganz neuer Weise hat in jahrzehntelanger Arbeit der Freiburger Neurologe Friedländer die Hypnose in eigenartiger Verbindung mit Kartose durch chemische Stoffe der Chirurgie wieder nutzbar gemacht.

Emil Jannings,

unter Hofrat Prof. Charakterdarsteller in Bonn, ist eine neue Kammerspieler eingegangen. Er hat sich mit seiner Kollegin am Deutschen Theater zu Berlin, Lucie Höflich, verlobt.

Heutige Veranstaltungen.

Theater.

Operetten-Theater: Die Scheinungsreise. 7.30 Uhr.

Veldweibel Warandet nicht rechtzeitig einen zweiten Wohnungsschlüssel ausgehändigt hat, trotz des ausdrücklichen Befehls der deutschen Wohnungskommission. — Im Laufe der gerichtlich vermittelten Verhandlung hat der Angeklagte nachgewiesen, daß er dem Gesuch des Herrn Warandet keine direkte Verweigerung entgegengesetzt hatte; er ist jedoch erst dann der ihm durch die deutsche Wohnungskommission übermittelten Anweisung der französischen Wohnungskommission nachgekommen, als Warandet bereits eine Klage bei der französischen Behörde eingereicht hatte. — Außerdem suchte Gratchowak eine Unterfischung der hohen Interalliierten Kommission in dieser Sache vorzuführen, um dadurch sich den den Hausbesitzern auferlegten Verpflichtungen zu entziehen, welche von der französischen Wohnungskommission, als der einzigen unabhängigen Behörde, aufgestellt und bekanntgegeben worden sind.

Der Gerichtsschreiber.	Der Staatsanwalt.
Warandet.	Savel.
Der Präsident. Turiqu.	

unterd. mit all. Sub. inf. gef.
Dr. Off. u. D. 3. 824 Grp. 4

